

Angebliche „Haßbekämpfung“ führt zur Zensurwillkür im Internet

Ein bekannter Fernsehmoderator ruft seine zwei Millionen so genannten Freunde (Follower) eines sozialen Netzwerkes dazu auf, mit ihm „rechte Trolle“ anzuschwärzen. Sein Motiv: Er will Haß im Internet bekämpfen. Um welche „rechten Hetzer“ es geht, darüber gibt eine detaillierte Liste Aufschluß: Parteigruppen, Organisationen, Politiker und Privatpersonen. Ihnen soll ihr Recht auf freie Meinungsäußerung abgesprochen werden. Primär besteht das „Vergehen“ der Aufgeführten darin, daß diese politische Inhalte vertreten, die dem Moderator missfallen. Interessanterweise fehlen auf seiner Liste jedoch Profile von Parteien, die v.a. im Ruf stehen, rechtsorientiert zu sein wie z.B. NPD (Deutschland) und PNOS (Schweiz). Mit den „rechten Trollen“ sind also nicht „Die Rechten“, sondern ganz normale, vermutlich unbescholtene mutige Menschen gemeint, die es noch wagen, ihre persönliche Meinung im sozialen Netzwerk kundzutun. Das kann sich jedoch bald ändern. Bei Facebook z.B. herrscht bereits Zensurwillkür; Meinungsbeiträge werden massenweise gelöscht. Es scheint, wir sind längst im akzeptierten Meinungsdictat angekommen. Erschreckend genug!

Pädophilie: Minderjährige bald nicht mehr geschützt?

In Frankreich hat ein Staatsanwalt den Vergewaltigungsvorwurf gegen einen 28-jährigen Mann fallen gelassen, weil das betroffene 11-jährige Mädchen angeblich mit dem Geschlechtsakt einverstanden gewesen sei. Mit dieser Entscheidung entspricht er den Forderungen von Pädophilen-Organisationen, die gewaltfreie Pädophilie als ein „Recht“ von Kindern auf Sexualität legalisieren wollen. Bereits 1988 forderte die Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität (AHS) in ihrem Positionspapier, daß einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern nicht mehr strafbar sein dürften. Laut AHS würden solche Handlungen nicht schädigen, was aber namhafte Studien klar und deutlich widerlegen. Ist der neueste Fall in Frankreich nicht ein weiteres Beispiel dafür, daß mit allen Mitteln versucht wird, Pädophilie zu legalisieren?

EU-Zentralbank und auch Deutschland verdienen Milliarden an Griechenland- Krise

Während die griechische Bevölkerung unter dem von Brüssel auferlegten, strengen Sparkurs leidet, verdiente die EZB zwischen 2012 und 2016 rund acht Milliarden an Zinsen für griechische Staatsanleihen. Auch der internationale Währungsfonds hat rund 2,5 Milliarden an einem Darlehen für Griechenland verdient, so die Schätzungen der britischen Organisation „Jubilee Debt Campaign“. Laut Beschluß der Mitglieder der Eurozone, sollten die Zinsen aus Solidarität eigentlich an Griechenland zurückgezahlt werden. Dies geschah jedoch nur zum Teil und wurde 2015, im Rahmen des zweiten Rettungspakets, komplett gestoppt. Doch nicht nur die EZB verdient an Griechenland. Kredite und Anleihenkäufe zugunsten Griechenlands haben einem Pressebericht zufolge z.B. auch Deutschland Gewinne in Höhe von etwa 1,34 Milliarden Euro eingebracht. Sich am Leid der ohnehin schon geschlagenen griechischen Bevölkerung zu bereichern ist eine Schande und zeigt wie weit die Solidarität in der EU geht.

Eva Herman über Manipulation in Talkshows

Am 9.10.2007 wurde die damalige Tagesschau-sprecherin Eva Herman aufgrund einer politisch nicht korrekten Meinungsäußerung aus einer laufenden ZDF-Talkshow rausgeworfen. Zuvor hatte sie selbst 10 Jahre eine Talksendung moderiert und war auch in der Redaktion tätig. Am 19.9.2017 berichtete sie in ihrer eigenen Sendung „Der andere Blick“ über das Ausmaß an Manipulation in solchen Talkshows: In Zeiten von Fake News, wo höchste Regierungsstellen ein Netzwerkdurchsetzungsgesetz beschließen, würde auch in den wichtigsten Systemmedien nichts dem Zufall überlassen. So erhielten z.B. Moderatoren für die komplette Dauer einer Sendung direkte Anweisungen der Redaktion und ein oftmals bezahltes Publikum folge beim Applaudieren einem „Vorklatscher“. Querdenker wurden nur eingeladen, wenn von vornherein klar sei, daß sie gegen eine Überzahl politisch korrekter Talkgäste keine Chance haben, so Eva Herman. Freie demokratische Meinungsbildung sieht sicher anders aus.

US-Regierung droht Den Haager Richtern und Anklägern mit Einreisesperre

Den Internationalen Strafgerichtshof im Visier: Die Trump-Regierung droht mit Sanktionen, sollte die Institution gegen Bürger der USA, Israels oder anderer verbündeter Staaten vorgehen.

Die US-Regierung hat mit Sanktionen gegen Mitglieder des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag gedroht, sollten diese gegen US-Staatsbürger vorgehen.

Sollte das Gericht gegen Bürger der USA, Israels oder anderer verbündeter Staaten vorgehen, werde Washington Einreiseverbote und Finanzsanktionen gegen die Richter und Staatsanwälte verhängen, warnte der Nationale Sicherheitsberater im Weißen Haus, John Bolton, in einer Rede in Washington.

„Wir lassen den Internationalen Strafgerichtshof sterben“

Er bezeichnete die Institution als illegitim und „geradezu gefährlich“. Die USA würden den Strafgerichtshof nicht unterstützen, nicht mit ihm kooperieren und ihm nicht beitreten, sagte Bolton. Und fügte hinzu: „Wir lassen den Internationalen Strafgerichtshof sterben“.

Der als erzkonservativ bekannte Sicherheitsberater reagierte damit auf ein Ermittlungsersuchen der Chefanklägerin beim Strafgerichtshof in Den Haag gegen Mitglieder der US-Streitkräfte sowie der US-Geheimdienste wegen möglicher Kriegsverbrechen in Afghanistan.

„Jeden Tag könnte der Internationale Strafgerichtshof die formellen Ermittlungen gegen amerikanische Patrioten ankündigen, die freiwillig ihr Leben riskierten, um unsere Nation, unsere Heimat und unsere Familien nach den Angriffen vom 11. September zu schützen“, sagte Bolton.

Washington besorgt über PLO-Vorgehen beim IStGH

Zudem wurde am Montag bekannt, daß die US-Regierung die Palästinenservertretung in Washington schließt. Auch dieser Beschluß hängt offenbar mit der Anti-IStGH-Haltung der Trump-Administration zusammen.

Eine Sprecherin des State Departments begründete den Schritt unter anderem mit den „Sorgen“, die das Vorgehen der PLO beim IStGH in Den Haag bereite. Die Palästinenser haben seit ihrem Beitritt zu dem Gericht im Jahr 2015 zahlreiche Unterlagen eingereicht, die Verbrechen hochrangiger Israelis beweisen sollen, insbesondere während des Gazakrieges von 2014.

Gewalt und Tod in Südafrika: 20.000 Morde pro Jahr am Kap der guten Hoffnung

Südafrika kommt nicht aus den Schlagzeilen. Nach weltweiten Berichten über die schwächelnde Wirtschaft am Kap der guten Hoffnung alarmieren jetzt auch aktuelle Zahlen der Kriminalstatistik die Öffentlichkeit. Im vergangenen Jahr zählte die offizielle Statistik der Polizeibehörden nicht weniger als 20.000 Morde in Südafrika. Täglich werden im Schnitt nicht weniger als 57 Tötungsdelikte verübt. Dazu kommen jährlich knapp 40.000 Vergewaltigungen. Und bei den Raubdelikten verzeichnete man in der Jahresstatistik nicht weniger als 238 Fälle, wo zum Teil schwerbewaffnete Banden mit äußerster Brutalität und dem Einsatz von Schusswaffen Geldtransporte überfallen hatten. Die Steigerungsrate beträgt allein bei dieser Deliktkategorie über 50 Prozent.

Südafrika versinkt im Chaos von Gewalt und Korruption

Die letzten Jahrzehnte haben unter dem Regime des African National Congress (ANC) aus dem einst blühenden Land ein Staatsgebiet werden lassen, das in Gewalt und Korruption versinkt. Vor allem die verbliebene weiße Bevölkerungsminderheit trägt sich in einem immer größeren Ausmaß mit dem Gedanken, das Land für immer zu verlassen. Vor allem die von schwarzen Banden terrorisierten weißen Farmerfamilien, die das Rückgrat der südafrikanischen Landwirtschaft bilden, wollen auswandern.

Durch Enteignungspläne des ANC-Regimes wird diese Tendenz noch verstärkt. Eines der Zielgebiete der Auswanderer ist etwa Russland, das bis zu 15.000 weiße südafrikanische Farmer aufnehmen möchte.

Deutschland versinkt im Einwanderungschaos

Deutschland quält sich nicht mehr mit den Folgen der von Kanzlerin Angela Merkel initiierten Masseneinwanderung ab, es scheint bereits zu resignieren. So bereitete Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble die Deutschen darauf vor, daß es kaum Hoffnung gäbe, daß der Großteil der Einwanderer zurückgeschickt werden könne: „Eher sollten wir alle Kraft dafür aufbringen, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.“

Nur, wen will er integrieren? Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat dem Bundesamt für Verfassungsschutz im Vorjahr bereits 10.597 Hinweise über sicherheitsgefährdende „Schutzsuchende“, also potentielle Attentäter, übermittelt.

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion der „Alternative für Deutschland“ (AfD) geht zudem hervor, daß bis Ende März 2018 insgesamt 3.151 offene Haftbefehle im Bereich der religiös-politisch motivierten Kriminalität vorlägen. Alleine 2.783 dieser Haftbefehle betrafen mutmaßliche Dschihadisten, die Interpol auf Wunsch einer ausländischen Behörde zur weltweiten Fahndung ausgeschrieben hat und die sich in Deutschland aufhalten könnten. Außerdem sucht die Polizei gemäß dieser Anfragebeantwortung aktuell nach 10.796 Menschen, die im Inland als vermisst gelten, sowie weitere 343.738 Personen, darunter abzuschiebende Ausländer, die untergetaucht sind.

Goslars CDU-Oberbürgermeister meint: „Unter dem Strich profitieren wir von der Migration“

Ausgerechnet in der Heimat des damaligen SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, Goslar, wurde 2011 ein CSU-Mitglied zum Oberbürgermeister gewählt. Oliver Junk blieb auch nach seiner Wahl zunächst Mitglied der CSU. Im Juni 2014 legte er diese Mitgliedschaft nieder und wurde Mitglied der CDU in Niedersachsen.

Der 42-jährige Politiker gilt als eine Art Vater der „Willkommenskultur“. Junk forderte schon in einer Zeit, als dies bei CSU und CDU noch nicht modern war, die „Chancen der Zuwanderung zu nutzen“, wie eines der beliebten Schlagwörter der Einwanderungslobby lautet. Im Januar 2015 rührte er kräftig die Werbetrommel für die Flüchtlingsaufnahme in Goslar. Sogar auf Al Jazeera lief die Anwerbung von Flüchtlingen, weshalb der Stern dem „CDU-Mann“ den Titel eines „Stars im Morgenland“ verlieh.

„Zuwanderung“ unbeliebt wegen „destruktiver Stimmungsmache“

In einem aktuellen Interview mit der Welt verortet er als Grund, warum die Bevölkerung die Einwanderung ablehnt - auf Neusprech: die „Chancen der Zuwanderung“ nicht erkannte, eine „destruktive Stimmungsmache“.

Auf die Frage, wie gut denn die Integration in Goslar liefe, antwortete Junk doch glatt mit einem „sehr gut“: „Unter dem Strich profitieren wir von der Migration.“ Und die Begründung liefert er auch dazu: „Wir haben jetzt mehr Einwohner, bekommen dadurch höhere Finanzaufweisungen.“

Masse statt Klasse

Junk hat in seiner Funktion als Oberbürgermeister also den Rückgang der Einwohnerzahl mit Einwanderung aus dem Morgenland ausgeglichen, mehr sogar! Alles zu Lasten und finanziert vom deutschen Steuerzahler, der dafür höchste Abgaben leisten muß.

Und das findet der CDU-Mann gut. Da läßt es sich ja gut und gerne leben.

AUF KOSTEN DER SOUVERÄNITÄT DER LÄNDER UNO und EU wollen Total-Kontrolle bei Migrationspolitik

Weil der Widerstand gegen die anhaltende illegale Migration wächst, wollen UNO und EU die totale Kontrolle über die Migrationspolitik. Das sei der einzige Weg zur Lösung des Problems, wird behauptet.

Der globale UNO-Vertrag für Migration schafft das Rahmenwerk dafür. Die EU hat bereits viele Bausteine davon umgesetzt, sagte unlängst EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos. Die EU-Mitglieder wurden auch aufgefordert, legale Wege für die Migration zu schaffen.

Asylagentur und Frontex-Soldaten in EU-Ländern

Als nächsten Baustein will Brüssel eine zentrale EU-Asylagentur und eine radikale Kompetenzerweiterung der EU-Grenz- und Küstenwache (Frontex) durchsetzen. Die Asylagentur soll alle Asyl- und Migrationsaufgaben für die EU-Länder übernehmen. Frontex soll bis 2020 auf 10.000 Einsatzkräfte aufgestockt werden. Diese könnten im Notfall, nach Ermessen Brüssels, in ein Land geschickt werden, auch wenn das nicht beantragt wurde. Sie würden dort Aufgaben der nationalen Polizei oder des Militärs übernehmen.

Das könnte etwa Italien, Spanien und Griechenland betreffen, wenn der Schutz der EU-Außengrenzen nicht gewährleistet ist.

Orban: „Dulde keine Söldner aus Brüssel im Land“

Die Südländer befürchten eine Aushebelung ihrer Souveränität und Hoheitsrechte. Italien lehnt die Frontex-Pläne ebenso explizit ab, wie Ungarn. Regierungschef Viktor Orban stellte klar, dass er da nicht mitmache: „... es bedeutet nicht weniger, als dass sie uns Söldner aus Brüssel schicken – anstatt unsere Polizei und Soldaten die Grenzen verteidigen zu lassen. Geben wir uns keiner Illusion hin: sie werden Migranten hereinlassen...sie wollen ganz einfach den Schlüssel zu unserer Haustür.

Widerstand gegen globale UNO-Herrschaft über Migration

Mittlerweile formiert sich auch Widerstand gegen den globalen UNO-Migrationsvertrag (Global Compact for Migration), der zwar nicht bindend ist, aber dennoch Leitlinien vorgibt. Er soll im Dezember unterzeichnet werden. Migration wird darin als Menschenrecht befürwortet. Für Menschen, die nicht den Kriterien eines Flüchtlings entsprechen, werden legale Zuwanderungsmöglichkeiten gefordert. Aktivisten in Österreich, der Schweiz und Deutschland rufen zu einer Petition gegen die Unterzeichnung des Abkommens auf.

In Absurdistan eskaliert die Lage ...

Bundeswehrübung „Schneller Adler“

Vom 4. bis 12.9.2018 fanden in Mitteldeutschland Großübungen der Bundeswehr statt, zu denen die „Pressestelle Division Schnelle Kräfte“ der Bundeswehr auch Journalisten einlud.

Über Agenturen wurden Hunderte „zivile Mitwirkende“ als Rollenspieler gesucht, die als Demonstranten, Bürger oder Angehörige einer Ethnie für oder gegen den Einsatz der Soldaten agieren sollten. Für die Einweisung gebe es 60 Euro, bei der Übung zehn Euro pro Stunde und kostenfreie Übernachtung.

Die Magdeburger Volksstimme berichtete über die Planung der Bundeswehr-Übung „Schneller Adler“ unter der Überschrift: „In Aquilanien eskaliert die Lage“

Im krisengeschüttelten Schwellenland Aquilanien (für die Übung Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg umfassend) seien ethnische Konflikte und Unruhen ausgebrochen.

Wegen der Konflikte mit Bevölkerungsgruppen aus dem benachbarten Arendien (Sachsen und Thüringen) und mit Whashinistan (Niedersachsen und Schleswig-Holstein) mußten „Urlauber und Touristen“ evakuiert werden.

In der zweiten Woche der Übung **„wird es dann so dramatisch, daß die staatliche Ordnung in weiten Teilen des Landes nicht mehr existiert und die verbleibenden Deutschen (Konsul, Firmenangehörige) aus dem Land gebracht werden müssen“** (zitiert aus Volksstimme, Magdeburg).

Die „Pressestelle Division Schnelle Kräfte“ beschreibt deren Auftrag u.a. mit „Luftbeweglichen Operationen im Rahmen der Landesverteidigung“ und „Stabilisierungsoperationen im Rahmen der UNO und der NATO“.

Daß solche „Operationen“ nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland möglich sind, steht schon im Grundgesetz, Art. 87a: „Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für [...] die freiheitliche Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung [...] Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei [...] einsetzen“.

Drohen demnächst soziale Unruhen?

Die Gedankenspiele, die zur Planung einer solchen Übung führen, sollten selbst den gutgläubigsten Bürger zum Nachdenken anregen! Wer so etwas plant, weiß offenbar mehr über die Zustände und das Brodeln im Lande, als man offiziell zugeben will.

Die wenigsten Bürger (außer den Lesern der UN 5/2018) erinnern sich in diesem Zusammenhang daran, daß die Bundeswehr schon im Jahr 2016 geplant hatte, auch Schulabgänger ohne Abschluß als „Jäger“ und sogar EU-Ausländer zu rekrutieren.

„Man darf gespannt sein, welche Art von Beschützern uns demnächst vor wem (?) beschützen sollen! Ausländer und Jäger gegen Deutsche, die gegen die Entfremdung ihrer Heimat aufmucken?“

Emmanuel Macron läßt sich mit „farbigem Stinkefinger“ fotografieren

Daß der französische Staatspräsident Emmanuel Macron sich gerne mit jungen Männern abgibt, hat zuletzt bei der Affäre rund um seinen ehemaligen Leibwächter und Privatsekretär Alexandre Benalla mediales Aufsehen erregt. Jetzt machte eine ziemlich zweideutige Fotostrecke weltweit die Runde, die das französische Staatsoberhaupt im Kreise zweifelhafter Gesellschaft zeigt. Macron posiert zwischen zwei Farbigen, einer trägt eine tiefsitzende, hüftbetonte Hose und Goldkettchen, der andere nackten Oberkörper und zeigt den ausgestreckten Mittelfinger provozierend in die Kamera. Ort dieser eindeutig-zweideutigen Geste ist die Karibikinsel St. Martin.

Dort hätte Macron eigentlich Solidarität mit den Opfern eines Hurricans zeigen sollen. Das Foto rund um den „farbigen Stinkefinger“ bzw. dessen Träger führt jetzt aber zu heftigen innenpolitischen Diskussionen in der französischen Heimat.

Marine Le Pen tadelt Macrons Verhalten

Die nationalkonservative Oppositionsführerin Marine Le Pen tadelt Macrons Verhalten als unverzeihlich und gab damit die Meinung einer breiten Öffentlichkeit in Frankreich wieder. Macron rechtfertigte das Verhalten seines neuen Bekannten und betonte, daß er jedes Kind der Republik liebe, egal welche Dummheit dieses begangen habe. Bei dem jungen Farbigen, den Macron als „Kind“ betitelt, soll es sich laut Medienberichten um einen erst kürzlich entlassenen Häftling handeln.

Lesen Sie auch KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 266 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. * Erscheinungsort: Wien *